

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Frau Vorsteherin,

meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zitat: „Gut gemeint ist nicht dasselbe wie gut gemacht.“ Die Quelle muss ich Ihnen leider schuldig bleiben, aber irgendwie passt es natürlich zu dieser versuchsweisen Sperrung des Mainkais. Wir hatten vorhin schon in einer Art Vorabdiskussion im Rahmen der Aktuellen Stunde eine erste Gelegenheit, uns dazu auszutauschen. Das gibt jetzt die Chance, vielleicht noch ein paar andere Punkte zu beleuchten oder vielleicht ein paar Dinge klar- und richtigzustellen. Wenn man sich noch einmal anschaut, was wir eigentlich beschlossen haben und wo jetzt über das Ende diskutiert wird, dann ist das manchmal mit überraschenden Erkenntnissen verbunden. Da nehme ich mich nicht aus, sondern spreche auch tatsächlich direkt von dem, was ich gelesen habe. Die Sperrung wird interessanterweise gar nicht als Sperrung bezeichnet, auch der Titel der Vorlage war gar nicht Sperrung des Mainkais, sondern probeweise Öffnung des innerstädtischen nördlichen Mainufers für den Fuß- und Radverkehr. Darum ging es also. Es ging gar nicht in erster Linie darum, die Sperrung etwa für den motorisierten Individualverkehr nach vorne zu stellen, sondern es sollte etwas Positives ausprobiert werden. Aber wenn man die Vorlage liest, die werde ich jetzt nicht komplett vortragen, dann konnte man feststellen, dass es natürlich auch darum ging, die verkehrlichen Auswirkungen davon zu untersuchen und zu begutachten, die es hat, wenn man auf dem Mainkai den motorisierten Individualverkehr nicht mehr fließen lässt und er sich andere Wege suchen muss. Dass in der Vorlage steht „von August 2019 bis August 2020“, ist eigentlich für alle Menschen, die nicht versuchen, jetzt irgendetwas herbeizudiskutieren oder sich juristische Scheindebatten zu liefern, eine klare Sprache, dabei könnte man es einfach belassen. Am Ende haben wir damals beschlossen, wir wollen für ein Jahr den Mainkai dichtmachen und gucken, was passiert. Das wäre einfache Sprache und, ich glaube, ziemlich genau das, worum es eigentlich ging.

Die Geschichte dieser jetzt bald zwölf Monate ist immer ein bisschen abhängig davon, wer sie erzählt. Sie haben Verständnis dafür, dass ich sie aus Sicht der CDU erzähle, dabei hilft mir ein wenig, dass es drei Pressemitteilungen gab, die Herr Daum, unser verkehrspolitischer Sprecher, lustigerweise jeweils im Abstand von vier Monaten gemacht hat, was ganz gut die Schlaglichter darauf wirft, was es da für Etappen gab. Die Sperrung begann im August letzten Jahres. Ende August gab es schon richtig Ärger, und zwar von den Menschen, die in Sachsenhausen unter den Staus und unter den Abgasen zu leiden hatten,

wo sich der Verkehr nämlich seinen Weg gesucht hat. Das ist dann, so gehört es sich und so ist es auch richtig, im Verkehrsausschuss gelandet, wo wir vorgeschlagen haben, nach einer zweimonatigen Probephase vielleicht einmal ein Art Zwischenfazit zu ziehen und zu schauen, ob es zumutbar ist, diesen Versuch bis zum Ende durchzuführen, und ob man da vielleicht schon schlauer ist als am Anfang. Das wird jetzt im Rückblick unterschiedlich gesehen. Das Entscheidende ist allerdings, dass der Verkehrsdezernent damals sagte, ja, ist gut, so eine Zwischenbilanz mache ich und die liefere ich Ihnen dann. Dabei blieb es. Die wurde nicht geliefert. Es gab, glaube ich, noch nicht einmal ein schlechtes Gewissen, aber damit will ich mich jetzt nicht befassen. Eine klare Zusage an den Verkehrsausschuss wurde nicht eingehalten. Es gab auch keine annähernde Begründung, so fadenscheinig sie auch hätte sein können. Es passierte einfach nichts. Daraufhin gab es eine weitere Pressemitteilung von uns im Dezember. Da haben wir dann einmal eine Zwischenbilanz gezogen und uns auf das gestützt, was die Menschen aus Sachsenhausen berichtet haben, und haben mitgeteilt, dass jedenfalls aus unserer Sicht dieser Verkehrsversuch schon ein klares Ergebnis hat, und dass wir damit arbeiten könnten. Das war in der Koalition nicht allgemeine Meinung, das ist allen bekannt, aber das war sozusagen eine Zäsur. Das war auch eine Zäsur, weil ab diesem Moment klar war, dass der Versuch vom Dezernenten und der SPD nicht mehr ergebnisoffen betrieben wird. Seit diesem Zeitpunkt stand fest, dass die SPD diesen Test als Erfolgsgeschichte inszenieren will, als Erfolgsgeschichte um jeden Preis.

(Beifall)

Die Leidtragenden spielen keine Rolle für die SPD. Die wirklichen Verhältnisse auf dem Mainkai spielten und spielen auch keine Rolle für die SPD. Inzwischen geht es ihr - und auch ein paar anderen - nur noch darum, Kapital aus diesem Spektakel zu schlagen. Was jetzt noch vielleicht eine juristische Scheindebatte um eine mögliche Verschiebung des fest vereinbarten und auch beschlossenen Endes wird, lässt das Ganze möglicherweise endgültig lächerlich werden und als Politikspektakel dastehen - so viel zur Geschichte bis heute.

Wir könnten uns aber auch einmal fragen, was zum Beispiel die Gruppen und organisierten Formen der Bürger außerhalb dieses Saals sagen. Ich glaube, die Standpunkte hier sind hinreichend klar, die will ich jetzt nicht noch einmal vortragen und damit die meisten langweilen. Wen könnte man denn da fragen? Da könnte man zum Beispiel die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer fragen.

(Heiterkeit)

Ja richtig, da kann man jetzt lachen.

Wen vertreten die eigentlich? Die vertreten zum Beispiel in Frankfurt, wenn wir die IHK nehmen, 70.000 Unternehmen. Was heißt denn das? Das heißt immerhin 600.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Die Handwerkskammer vertritt in Frankfurt über 7.000 Handwerksbetriebe. Die vertreten auch noch außerhalb von Frankfurt Betriebe, aber ich konzentriere mich jetzt einmal auf Frankfurt. Diese über 7.000 Handwerksbetriebe stehen in Frankfurt für fast 40.000 Beschäftigte, meine Damen und Herren, deswegen finden wir als CDU durchaus, dass man diese beiden Organisationen als Stimme ernst nehmen sollte und sie fragen könnte, was sie davon halten. Das haben sie auch schriftlich mitgeteilt, denn man hat sich dort Gedanken über die Anforderungen an eine moderne Verkehrs- und Mobilitätspolitik in dieser Stadt gemacht, diese formuliert und in diesem Monat publiziert. Da heißt es: „Seit der Sperrung des nördlichen Mainufers zwischen Untermainbrücke und Alte Brücke im Juli 2019 sind die Mobilität von Dienstleistern und Handwerkern und der Transport von Waren und Gütern beeinträchtigt, weil Wirtschaftsverkehre nicht mehr effizient und effektiv durchgeführt werden können. Aus Sicht der Wirtschaft sollte jede verkehrspolitische Maßnahme einen Zielbezug haben. Doch sind bei der Mainufersperrung weder die Zielsetzung erkennbar noch die genaueren Hintergründe. Ebenso wenig ist erkennbar, ob diese Maßnahme Teil eines Gesamtmaßnahmenplans ist. Es fehlt an Transparenz. Da auch keine Partizipation stattgefunden hat, konnte die Wirtschaft ihre Bedenken bezüglich der Umsetzung dieser Maßnahme nicht vorbringen.“

Dann gibt es noch zwei Bürgerinitiativen - das ist gut, das ist richtig -, deren Positionen auch relativ eindeutig sind. Es ist auch klar, wer dahintersteht, das sind zum einen die Bürger in Sachsenhausen - legitim - und das ist zum anderen im Wesentlichen als Gründungsvater der stellvertretende Unterbezirksvorsitzende der SPD und Ortsvorsteher des Ortsbezirkes 1. Das ist auch legitim, damit will ich mich jetzt eigentlich nicht länger aufhalten. Im Moment werden fleißig Unterschriften gesammelt. Das ist gut. Das kann man machen. Das hat die CDU auch schon einmal in der Vergangenheit gemacht.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Erika Pfreundschuh:**

Herr Dr. Kößler, Sie müssen zum Schluss kommen. Die Redezeit von acht Minuten ist bereits überschritten.

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:
(fortfahrend)

Dann kann man darüber streiten, wer mehr Unterschriften hat. Dass die eine Bürgerinitiative ab 1. September davon ausgeht, dass der gute und vernünftige Verkehrszustand vom Anfang wieder hergestellt wird, wird niemanden überraschen, dass die anderen engagiert weiter sammeln, ist auch keine Überraschung und völlig in Ordnung, aber es sagt eben auch nicht so wahnsinnig viel aus. Ich will noch einmal daran erinnern: Als es um die Rennbahn in Frankfurt ging ...

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Erika Pfreunds Schuh:**

Herr Dr. Kößler!

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:
(fortfahrend)

..., da wurden 40.000 Stimmen abgegeben dafür, die zu erhalten. Das hat hier niemanden interessiert - nur einmal so als Benchmark.

Vielen Dank!

(Beifall)